

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Uwe Küster MdB zur Notwendigkeit eines Treuhand-Untersuchungsausschusses: Treuhand - die unendliche Geschichte? Seite 1

Annemarie Renger zum Tode des SPD-Abgeordneten Günther Tietjen; Abschied von einem treuen Freund. Seite 2

Lydia Westrich MdB zu den Auswirkungen durch die Regionalisierung der Nebenstrecken: Überrollt die Bahnreform die ländlichen Regionen? Seite 3

Leyla Onur MdEP zur Vorstellung des Arbeitsprogramms der belgischen Ratspräsidentschaft: Richtlinienentwürfe zum Europäischen Betriebsrat rasch weiter beraten. Seite 5

Marion Caspers-Merk MdB zur krisenhaften Entwicklung der Klärschlammverwendung: Schadstoffbelastung des Klärschlammes am Entstehungsort bekämpfen. Seite 6

48. Jahrgang / 128

9. Juli 1993

Treuhand - die unendliche Geschichte?

Von der Notwendigkeit eines parlamentarischen Treuhand-Untersuchungsausschusses

Von Uwe Küster MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Als die Treuhand-Anstalt im Jahr 1990 ihre Arbeit aufnahm, knüpften sich hohe Erwartungen an diese gigantische Behörde: Fast 4.000 Mitarbeiter sollten dazu beitragen, die Wirtschaftsstrukturen im Osten Deutschlands wettbewerbsfähig zu machen - vorwiegend, wie es das Treuhandgesetz vorschreibt - durch Privatisierung.

Die SPD ist von Beginn der Treuhand-Arbeit gegen das zugrundeliegende Privatisierungskonzept Sturm gelaufen, mit nur mäßigem Erfolg, wie wir heute leider feststellen müssen. 12.000 Unternehmen wurden in der Zwischenzeit durch die Treuhand privatisiert, 2.600 stillgelegt, im Besitz der Treuhand befinden sich zur Zeit noch etwa 1.600 Unternehmen mit insgesamt etwa 100.000 Beschäftigten, in den privatisierten Betrieben sind hundertausende von Arbeitsplätzen abgebaut worden.

Die Bundesregierung hat mit der Durchsetzung ihres Privatisierungskonzeptes jedoch lediglich einen Pyrrhus-Sieg errungen: Ein Blick auf die Bilanz der Treuhand (allein 1993 stehen bislang Ausgaben in Höhe von 47,2 Milliarden DM Einnahmen von 8,8 Milliarden DM gegenüber) und auf die Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland - die offizielle Arbeitslosenquote von 16 Prozent gibt angesichts von Kurzarbeitern, in ABM- und Qualifizierungsmaßnahmen Beschäftigten weniger als die halbe Wahrheit wieder - macht deutlich, daß das Konzept des billigen Ausverkaufs auf der ganzen Linie gescheitert ist.

Es mag dabei offen bleiben, ob es die Prämienregelung für jeden erfolgten Verkauf, die Westlastigkeit mancher Treuhand-Manager oder die Unerfahrenheit von Berufsanfängern gewesen ist, die zu schnellen und wenig tragfähigen Verkäufen geführt hat. Fest steht, daß die Menschen im Osten sich durch die Politik der Treuhand, die ja letztlich die der CDU/CSU und FDP-Bundesregierung ist, an den wirtschaftlichen Rand gedrängt sehen und sich abermals betroffen fühlen. Viele verzweifelte Briefe zu Schließungen privatisierter Betriebe beweisen dies.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemfächer Umwelt
mit dem Recycling-Symbol
Recycling-Papier



Die SPD hat bereits mit der von ihr initiierten Einsetzung eines Treuhand-Ausschusses im Bundestag deutlich gemacht, daß sie der Bundesregierung bei ihrer Treuhand-Politik keinen "Pareilschein" ausstellt. Auf bohrende Fragen nach Verkaufspraktiken und Vertragsgestaltung kamen in diesem Ausschuß seitens des Finanzministeriums immer wieder unzureichende Antworten, die zumindest eines deutlich gemacht haben: Daß es der Bundesregierung mehr um einen friedlichen Umgang mit Ihrer eigenen Mammutbehörde ging, als um volkswirtschaftlich sinnvolle Sanierung von Treuhand-Unternehmen. Schon die Stellenreduzierung in der zentralen Prüfstelle der Behörde im vergangenen Jahr war ein Zeichen dafür, daß an handwerklich sauberer Ausgestaltung von Verträgen weniger gelegen war, als an einem möglichst raschen Ausverkauf. Das böse Wort der "Abwicklung" trifft zuallererst auf die Treuhand-Praxis zu.

Was bleibt angesichts dieser Gemengelage zu tun?

Die SPD wird in den nächsten Wochen anhand von Verkaufsunterlagen und Verträgen prüfen, ob sie nach der Sommerpause einen Untersuchungsausschuß "Treuhand" einsetzen wird.

Das häufig gegen diesen Ausschuß vorgebrachte Argument, er könne nur abgeschlossene "Fälle" untersuchen, ist dabei nicht völlig von der Hand zu weisen: Es darf sich niemand der Illusion hingeben, mit dem Untersuchungsausschuß könne direkt auf die Vertragsgestaltung bei aktuellen Verkäufen Einfluß genommen werden. Allerdings haben die letzten Wochen deutlich gemacht, daß bereits die Diskussion im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuß zu einer vorsichtigen Kurskorrektur der Treuhandpolitik geführt hat: Erstmals wurden von der Treuhand einige bereits privatisierte Firmen zurückgenommen, dem Vertrags-Controlling soll in Zukunft größere Bedeutung zukommen. Dabei ist die vor wenigen Tagen von der Treuhand vorgelegte positive Bilanz zur Überprüfung von Arbeitsplatz- und Investitionszusagen mit Vorsicht zu genießen: Nur knapp die Hälfte aller Verträge ist seitens der Treuhand einklagbar, da bei den übrigen - man höre und staune - keinerlei Zusagen festgelegt wurden. Dies halte ich zumindest für grob fahrlässig. Dazu kommt, daß bislang nicht einmal zehn Prozent der geforderten Vertragsstrafen tatsächlich gezahlt wurden.

Es bleibt dabei: Wenn es zutrifft, daß dem Bund durch handwerklich schiudrige, rechtlich fragwürdige oder mit krimineller Energie auf einer der Vertragsseiten entworfene Verträge ein Milliardendefizit entstanden ist, muß ein Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages hierüber Klarheit schaffen. Vor dem Hintergrund eines Untersuchungsausschusses wird die Treuhand aktuelle Verträge mit größerer Sorgfalt abschließen und die Bundesregierung die Regeln für Privatisierungen, Sanierungen oder Verwertungen von Unternehmen oder Werten nachvollziehbarer gestalten. Dies wird sicherlich positive Wirkungen in die Zukunft hinein haben.

Ob es gelingt, beim Nachweis krimineller Machenschaften den privatisierten Unternehmen entzogene Liquidität wiederzubeschaffen und damit Betriebe zu retten, wird sich im Laufe der Arbeit des Untersuchungsausschusses zeigen.

(-/9. Juli 1993/ks/vb-he)

Abschied von einem treuen Freund Zum Tode von Günther Tietjen

Von Dr. h.C. Annemarie Renger
Bundestagspräsidentin a.D.

Am 7. Juli 1993 ist Günther Tietjen, Abgeordneter im Bereich des Landkreises Leer, nach einem schweren Leiden gestorben. Von 1974 bis 1976 und von 1980 bis zu seinem Tod gehörte er der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion an und wirkte besonders im Innenausschuß, in dem er sein besonderes Betätigungsfeld in polizeilichen kommunalen Fragen sah. In seinem Wahlbereich übte er die Ämter des Ortsvereinsvorsitzenden, des Unterbezirksvorsitzenden und des Mitglieds im Bezirksvorstand und des Bezirks Weser-Ems aus.

Aber diese Aufzählung seiner Ämter und Aufgaben sagt nur Allgemeines über den Abgeordneten und Sozialdemokraten Günther Tietjen aus. Manche in Bonn würden sich an ihn schwer erinnern, aber viele in seiner Fraktion kennen ihn gut. Er war das, was man seinen Idealisten nennen mag, einen guten Menschen, der immer für seine Mitbürger da war, der Argumente zuhörte und sich dazu seine eigene Meinung bildete, wenig darüber sprach, aber entschieden danach handelt. In seinem heimatlichen politischen Bereich aber kannte ihn jeder. Sein Telefon stand nie still, seine Frau unterstützte ihn in dem, was man Bürgernähe nannte. Für einen neuen Bundestag 1994 wollte er nicht mehr kandidieren; er wollte an der Basis Politik für die Menschen machen, die ihm so lange die Treue gehalten haben. Der Tod war unerbittlich und er hatte doch so auf Überwindung der Krankheit gehofft und wollte doch endlich mehr für seine Frau und seine Kinder da sein.

Wir Freunde, die sich seinerzeit mit Egon Franke bei den "Kanalarbeitern" zusammengefunden hatten, trauern besonders um ihn, verlieren wir doch den Genossen, der uns immer wieder auf den traditionellen "Spargelfahrten" menschlich zusammengehalten hat. Viele Male haben sich an diesen Fahrten die Großen unserer Partei daran beteiligt: Gustav Heinemann, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Jochen Vogel und seit einigen Jahren auch die "Seehelmer", zu denen die "Kanalar" längst gehörten.

Es ist gut, einen solchen Mann wie Günther Tietjen in Erinnerung zu behalten. Er gehörte zu den Kärnern auf politischem Feld, ohne die die Sozialdemokratische Partei nicht existieren würde.

(-/9. Juli 1993/rs/fr)

Überrollt die Bahnreform die ländlichen Regionen? Negative Auswirkungen durch die Regionalisierung der Nebenstrecken

Von Lydia Westrich MdB

Die Bundesregierung will ein Unternehmen abstoßen, weil es mit Defiziten arbeitet. Die Regionalisierung dient dem Abwälzen der Kosten auf die Länder und die Kommunen. Seit Jahren verschafft sich die Bundesregierung mit dieser Methode Kostenentlastungen bei gleichzeitiger Befastungen der Gemeinden. Als Beispiele seien hier nur genannt das BSHG und die Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Mit verschärft auftretender Dauerarbeitslosigkeit entwickelte sich die Sozialhilfe zu einer Auffanginstanz für all die Menschen, die aus dem vorgelagerten Sicherungssystem der Bundesanstalt für Arbeit keine Leistungen mehr beziehen konnten.

Die kommunalen Haushalte sind heute durchschnittlich mit circa 75 Prozent durch das Wahrnehmen von Pflichtaufgaben gebunden. Die Erfüllung der übertragenen Aufgaben aus Bundes- und Landesgesetzen durch die Kommunen ist heute oft nur noch möglich, wenn in der kommunalen Selbstverwaltung Einschränkungen vorgenommen werden. Die jetzt schon defizitären Kommunalhaushalte können viele Leistungen nicht mehr erbringen. In dieser Situation ist es verantwortungslos, ihnen auch noch die Kosten für die Regionalisierung der Bahn-Nebenstrecken aufzubürden. Andererseits ist aber der Anschluß der ländlichen Gemeinden an das Schienennetz eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung. Ein Abbau hätte gravierende Folgen für die Wirtschaftsförderung, für die Neuansiedlung von Betrieben und den Fremdenverkehr. Eine Bahnreform ohne Finanzausgleich ist daher von der SPD nicht zu akzeptieren.

Für ländliche Regionen wirkt sich die Regionalisierung der Nebenstrecken der Bahn aus einem weiteren Grund negativ aus: im Gegensatz zu Großstädten und Ballungsgebieten haben wir dort kein ausgebautes Netz für den öffentlichen Personenverkehr. Es gibt keine Zubringerbusse, die die Bahn bedienen, es gibt zum Teil Busparallelverkehr, der der Bahn Konkurrenz macht; es gibt häufig morgens, abends und an den Wochenenden gar kein Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln.

Das bedeutet in der täglichen Praxis zum Beispiel für den Berufsverkehr, für den Einkaufsverkehr, für den Freizeitverkehr und für Arztbesuche, daß die Menschen gezwungen sind, den PKW zu benutzen. Häufig gibt es in den Familien deshalb auch nicht nur einen PKW, sondern in der Regel zwei, manchmal drei.

Wenn diese PKW-Benutzung aber zur Finanzierung der Bahnreform herangezogen werden soll, droht sie für viele Menschen zu teuer zu werden. In jedem Fall der Drittwagen, häufig schon der Zweitwagen in der Familie wird zum Luxus. Außerdem finanzieren die PKW-Benutzer auf dem Land Verkehrssysteme, die sie nicht nutzen können, wenn die Mittel nur in Großstädte und Ballungsgebiete fließen, also dorthin, wo bestehende Nahverkehrssysteme verbessert werden.

Die Menschen auf dem Land werden dann mit höheren Benzinkosten bestraft, ohne eine Chance zu haben, in öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Diese Ungleichbehandlung zwischen Stadt und Land gilt es zu verhindern. Regionen mit unterschiedlichen Funktionen, die aber gleichermaßen wichtig sind, müssen auch die gleichen Rechte haben. Die ländlichen Regionen sind als Lebensmittelproduzenten, als grüne Lungen und als Erholungsgebiete für die Bewohner der industriellen Regionen und Dienstleistungszentren ebenso wichtig, wie das umgekehrt der Fall ist.

Diese Bundesregierung und ihre Vorgängerinnen haben viel - wenn auch häufig nicht genug - Geld in den Ausbau der Verkehrssysteme der großen Städte und Ballungsgebiete investiert. Diese Beiträge stehen für die ländlichen Regionen noch aus. Das Ziel, ein umweltschonendes Verkehrssystem in Deutschland mit dem Rückgrat Bahn zu errichten, ist noch lange nicht erreicht. Wir Sozialdemokraten haben Zweifel daran, daß das Ziel mit dem Mittel der Regionalisierung der Bahn, so wie sie jetzt beabsichtigt ist, erreicht werden kann.

Die Bundesregierung hat mehrfach behauptet, ihre Verkehrspolitik würde der Bahn Vorfahrt einräumen. Wir hören es gern, allein fehlt uns der Glaube. Wenn dem so wäre, warum so frage ich die Bundesregierung, gibt es kann bisher kein verbindliches Nebenstrecken-Regionalisierungskonzept für Deutschland? Aus einem solchen Plan könnten wir unzweideutig entnehmen, wo welche regionalen Bahnstrecken erhalten, welche neu- oder ausgebaut und welche eventuell zurückgebaut werden sollen. Hier gibt es von der Bundesregierung nur unverbindliche Absichtserklärungen.

Wir Sozialdemokraten unterstützen eine Regionalisierung der Bahn-Nebenstrecken nur, wenn gleichzeitig die folgenden Überlegungen zum Tragen kommen:

- voller Finanzausgleich für die Kommunen bei Übernahme und Investitionen
- mehr Bürgernähe bei Betrieb und Fahrplangestaltung
- Förderung umweltschonender Verkehrsmittel
- einer Bahn, die den Nutzerbedürfnissen entspricht
- einer Bahn, die das Rückgrat für den öffentlichen Personennahverkehr ist,
- eine Bahn, die mehr Güter befördert als bisher
- eine Bahn, die mehr mit der Straße konkurriert, sondern kooperiert
- eine Bahn, die aus öffentlichen Mitteln mindestens in gleichem Maße gefördert wird, wie die Straße.

(-/9. Juli 1993/rs/fr)

Richtlinienentwürfe zum Europäischen Betriebsrat rasch weiter beraten
Zur Vorstellung des Arbeitsprogramms der Belgischen Ratspräsidentschaft

Von Leyla Onur MdEP
Sozialpolitische Sprecherin der SPD-Europasabgeordneten

Am 1. Juli hat Belgien turnusmäßig den Vorsitz im EG-Ministerrat für ein halbes Jahr übernommen. Aus diesem Anlaß stellt die Sozialministerin Belgiens ihr Arbeitsprogramm für die Zeit der Ratspräsidentschaft ihres Landes vor. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Absicht der Ministerin, die Richtlinienentwürfe zum Europäischen Betriebsrat sowie zu den atypischen Arbeitsverhältnissen zur Abstimmung zu bringen beziehungsweise weiter zu beraten.

Die Einsetzung Europäischer Betriebsräte in grenzübergreifend tätigen Unternehmen ist aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips bislang vor allem am Widerstand Großbritanniens gescheitert. Die belgische Sozialministerin fordert nun, daß umgehend nach der Ratifizierung des Maastricht-Vertrages die Kommission einen neuen Vorschlag unterbreitet, der dann mit qualifizierter Mehrheit im Rat abgestimmt werden kann, zumal Großbritannien ohnehin nicht mehr an der Abstimmung teilnimmt. Sobald die Richtlinie in Kraft ist, tragen die Unternehmen die Kosten der Information und Konsultation der Arbeitnehmervertreter.

Damit der grenzüberschreitende betriebliche Informationsaustausch der Arbeitnehmervertreter aber schon vor der Verabschiedung der Richtlinie über die Eurobetriebsräte stattfinden kann, hatte das Europäische Parlament im Haushaltsjahr 1992 bereits 28 Millionen DM für die Bezuschussung von Reise-, Übernachtungs- und Dolmetscherkosten aus EG-Mitteln zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr sind es sogar 34 Millionen DM. Auch für 1994 wird das Europäische Parlament wieder Mittel für diesen Haushaltsposten bereitstellen.

Die soziale Absicherung der sogenannten atypischen Arbeitsverhältnisse, das heißt vor allem von Teilzeit-, Zeit-, Saison- und Heimarbeit wird seit drei Jahren im Ministerrat blockiert. Auch hier verhindert die Einstimmigkeit den sozialpolitischen Fortschritt in der Gemeinschaft. Die Bundesregierung lehnt bis heute diese dringend notwendige Richtlinie ab, weil sie sich gegen die Einführung der Sozialversicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte wehrt. Davon sind vor allem Frauen betroffen, denen wegen fehlender Kinderbetreuungsmöglichkeiten häufig nichts anderes übrig bleibt, als sozial ungeschützte Teilzeit- oder Zeitarbeitsplätze anzunehmen. Im Alter sind sie dann auf Sozialhilfe angewiesen, die Herr Waigel jetzt auch noch kürzen will. Es ist höchste Zeit, daß diese skandalösen Zustände beendet werden. Wenn Maastricht ratifiziert ist, kann der Ministerrat auch ohne die Zustimmung der CDU/CSU und FDP-geführten Bundesregierung diese Richtlinie verabschieden.

(-/9. Juli 1993/rs/fr)

Schadstoffbelastung des Klärschlammes am Entstehungsort bekämpfen
Bundesregierung zeigt sich unfähig zur vorsorgenden Umweltpolitik

Von Marlon Caspers-Merk MdB
Stellvertretende umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

An der seit Jahren erkennbaren krisenhaften Entwicklung der Klärschlammverwendung und Entsorgung zeigt sich die Unfähigkeit der Bundesregierung zu einer medienübergreifenden, vorsorgenden Umweltpolitik.

Statt die Schadstoffentstehung bei der Produktion oder bei den Produkten durch das Chemikaliengesetz, das Wasch- und Reinigungsmittelgesetz und durch wirksame Einleitungsverbote bei den gewerblichen Indirekteinläßern zu verhindern, wird über eine halbherzige Klärschlammverordnung und eine nur noch die Verbrennung zulassende TA-Stüdlungsabfall bei der Schadstoffbelastung des Klärschlammes eingegriffen. Klärschlamm wird zum gefährlichen Sonderabfall, kann von der Landwirtschaft oft nicht mehr als Dünger akzeptiert werden und muß mit hohen Kosten und weiteren Umweltbelastungen deponiert beziehungsweise verbrannt werden. Die Kommunen und die Bürger müssen für diese unsinnige, kurzsichtige, falsche Umweltpolitik der Bundesregierung immer mehr zahlen.

Nach Schätzungen der Bundesregierung werden die jährlichen Klärschlammengen, die bei der kommunalen Abwasserrainigung anfallen, in den alten Bundesländern bis 1998 von jetzt 2,5 auf 3,2 Millionen Tonnen Trockensubstanz anwachsen. In den neuen Ländern wird das Klärschlamm aufkommen 1998 bei 800.000 bis 900.000 Tonnen Trockenmasse liegen (zur Zeit 207.000 t.)

Wegen der oft hohen Schadstoffbelastungen des kommunalen Klärschlammes aber auch wegen fehlender Flächen oder mangelnder Akzeptanz werden in den alten Ländern nur circa 25 bis 30 Prozent des kommunalen Klärschlammes landwirtschaftlich verwertet, in den neuen Ländern etwa 41 Prozent. Der Rest wird deponiert beziehungsweise "thermisch behandelt".

Auf EG-Ebene soll die Strategie zur Klärschlamm Entsorgung weiterentwickelt und die Förderung der Klärschlammverwertung zum Schwerpunkt gemacht werden. Es bleibt offen, wie dies ökonomisch und ökologisch vernünftig geschehen soll, ohne wieder einen neuen Subventionstopf für die Landwirtschaft zu schaffen.

Die SPD fordert seit Jahren, die Schadstoffbelastung des Klärschlammes am Entstehungsort zu bekämpfen und zum Beispiel Quecksilber, Cadmium, Blei, Chrom, Kupfer, Nickel und organisch gebundene Halogene nicht über das Abwasser in den Klärschlamm und in die Flüsse gelangen zu lassen.

Wenn heute von der Abfallentsorgungsindustrie den Hotels "Speiserestvernichter" angeboten werden, die sämtliche Küchenabfälle zerkleinern, aufkochen und direkt in die Kanalisation leiten, dann wird die Perversion auf die Spitze getrieben, Abfälle über die Kanalisation "verschwinden" zu lassen. Das angeblich so weit entwickelte Umweltbewußtsein macht wohl oft vor dem Geldbeutel halt.

Wir müssen strenge Regeln für das Wassersparen und damit zugleich für die Abwasservermeidung durchsetzen und jede leichtfertige Verunreinigung des Wasser als Beeinträchtigung unserer natürlichen Lebensgrundlagen unterbinden. Dann könnte der Klärschlamm wieder als wertvoller Dünger Verwendung finden und muß nicht als Sondermüll kostspielig entsorgt werden.

(-/9. Juli 1993/rs/fr)
